

## Büro der Stadtverordnetenversammlung

---

### Anfrage

Vorlagennummer: **ANF/1564/2019**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 13.02.2019

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Zur Kenntnisnahme

### Betreff:

**Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Dr. Greilich vom 12.2.2019 - Zentrale  
Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Gießen -**

### Anfrage:

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt am 1. Februar 2019 in einem Bericht über den Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung:

*„...So soll die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Gießen künftig vorrangig für die schweren Fälle da sein. Für Straftäter und jene, die sich einer Integration verweigern. Letztere sollen künftig auch dorthin aus den Kommunen zurückgebracht werden, wenn sie sich nicht benehmen...“*

**Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat mit der Bitte um anschließend auch schriftliche Beantwortung:**

Wurden bislang dem Magistrat seitens der Landesregierung irgendwelche Informationen zu diesem Sachverhalt gemacht oder hat der Magistrat sich in dieser Angelegenheit bislang mit Bitte um nähere Informationen an die Hessische Landesregierung gewandt?

#### 1. Zusatzfrage :

Wie beurteilt der Magistrat das Vorhaben der schwarzgrünen Landesregierung in der HEAE schwere Fälle , nämlich Straftäter und jene , die sich einer Integration verweigern, zu konzentrieren und aus den übrigen hessischen Kommunen zurückzubringen, wenn sie sich dort nicht benehmen ?

#### 2. Zusatzfrage :

Hat der Magistrat über das Projekt einer Gedenkstätte im Meisenbornweg hinausgehende Vorstellungen wie die Landesregierung diese außergewöhnliche Belastung der Universitätsstadt Gießen kompensieren könnte und falls ja, welche?